

[zurück zum Artikel](#)

OLIVER SCHWERS 13.04.2016 06:15 UHR
RED. STRAUSBERG, STRAUSBERG-RED@MOZ.DE

Hundert neue Windräder

Eberswalde (MOZ) In den Landkreisen Uckermark und Barnim werden in den nächsten Jahren noch rund 100 zusätzliche Windräder gebaut. Grünes Licht dafür gab die Regionalversammlung. Doch der seit zehn Jahren diskutierte neue Windplan wird heftig torpediert und vermutlich beklagt.

WEITERE 3 BILDER

Auftritt der Windkraftbefürworter: Mitarbeiter mehrerer Unternehmen waren ihren Chefs zur kurzfristig anberaumten Pro-Windplan-Demo vor dem Paul-Wunderlich-Haus gefolgt. Mit einer Riesentrommel forderten sie mehr erneuerbare Energien.



© MOZ/THOMAS
BURCKHARDT

Am Tag der Entscheidung spitzte sich die Situation noch einmal zu: Windkraftgegner und Bürgerinitiativen protestierten schon eine Stunde vor Beginn der Regionalversammlung vor dem Paul-Wunderlich-Haus in Eberswalde mit Transparenten und Plakaten gegen den neuen Windplan. Doch ihnen gegenüber standen Befürworter erneuerbarer Energien - vor allem Mitarbeiter von Windkraftfirmen. Sie hatten in aller Eile eine Gegendemo angemeldet. Weil ein Mitarbeiter eines Ingenieurbüros eine Riesentrommel herbeischleppte, trennte die Polizei beide Lager mit einem größeren Sicherheits- beziehungsweise Lärmabstand.

Hauptkritik der Gegner: Der neue Plan sei für die Windlobby gemacht, so Rainer Ebeling von der Bürgerinitiative Crussow. Er vernachlässige Mensch und Natur. Windräder dürften nicht in Wäldern stehen.

Hauptanliegen der Befürworter: Windkraft stelle die Energieversorgung sicher. Der Plan müsse endlich verabschiedet werden. "Genug Windkraft ist erst bei 100 Prozent erreicht", so Jörg Müller, Chef der uckermärkischen Windfirma Enertrag.

Unter Protesten von Bürgerinitiativen und Naturschützern, aber auch mit Gegenstimmen aus verschiedenen Kommunen haben die Regionalräte beider Landkreise nach mehrstündiger heftiger Debatte mit überdeutlicher Mehrheit den Schlusstrich unter eine zehnjährige Diskussion gesetzt. Damit kann der neue Windplan mit seinen 48 festgelegten unterschiedlich großen Eignungsgebieten in Kraft treten.

Die Windbetreiber rechnen mit einer zusätzlichen Kapazität von rund 100 Windrädern und einer Leistung von 350 bis 400 Megawatt. Der Rückbau von Altanlagen könne dazu führen, dass sich unterm Strich die Zahl der Anlagen in der Region mittelfristig kaum noch verändere oder zurückgehe, so Jan Hinrich Glahr, Landesvorsitzender des Bundesverbands Windenergie. Die Planer hätten eine gute Balance zwischen Akzeptanz, Naturschutz und den Zielen der Energiewende in Brandenburg gefunden.

Das sehen die Gegner komplett anders. Bis zur letzten Minute attackierten sie die beiden am heftigsten umstrittenen Windfelder bei Neukünkendorf/Crussow und im Liepnitzwald bei Wandlitz. Die negative Stellungnahme der Stadt Angermünde sei nicht berücksichtigt worden, so Rainer Ebeling. Mögliche Spielräume bei der Ausweisung von Flächen habe man nicht diskutiert. Andernorts würden besonders kritische Eignungsgebiete aus den Planungen herausgenommen.

Den Regionalräten ist jedoch besonders die Rechtssicherheit ihres Windplans wichtig. Der orientiert sich an festgelegten Kriterien. So seien alle Gebiete unter 25 Hektar Größe gar nicht erst berücksichtigt worden, verteidigt Frank Bretsch, Chef des Planungsausschusses, die Entscheidung. Der Plan sichere den 1000-Meter-Abstand zur Wohnbebauung. Doch alle wissen: Vorhandene Windräder unterhalb dieser Grenze haben Bestandsschutz. Sie dürfen allerdings nicht in großem Umfang verändert werden.

Auch das von Bürgern geforderte Aussetzen der Planung weist der Barnimer Landrat Bodo Ihrke zurück. Der bis jetzt gültige Plan werde auf Dauer keiner Überprüfung standhalten. Wenn der Rechtsrahmen wegfalle, dürften Windräder an jeder beliebigen Stelle gebaut werden. Genau das wolle man aber verhindern. Ihrke räumte auch ein, dass ihm die Entscheidung zum Liepnitzwald missfalle.

Angermündes Bürgermeister Wolfgang Krakow stimmte für den Windplan. Andere Kommunen haben damit offenbar größere Probleme. Der Ahrensfelder Bürgermeister Wilfried Gehrke sieht jetzt die Planungshoheit seiner Gemeinde gefährdet. Denn die Windkraft beeinflusst die Flächennutzungspläne. Dass seine Kritik ungehört blieb, bezeichnet er als Fehler. "Und das steht uns auch nicht gut zu Gesicht." Die Gemeinde erwägt nun bereits eine Klage gegen den frisch beschlossenen Windplan.

In einer mit Emotion vorgetragenen und mit viel Beifall bedachten Rede kritisierte Beate Blahy vom Bund für Umwelt und Naturschutz den Umgang mit dem Vogelschutz. Der natürliche Reichtum Brandenburgs werde den Entscheidungsträgern inzwischen zur Last und zum Hindernis. Hinweise zur Gefahr einzelner Arten würden "gelangweiltes Desinteresse" nach sich ziehen. Einwendungen seien "weggewogen" worden. Beate Blahy bezeichnete den Abstimmungsprozess als Farce. Das "Zupflastern der Landschaft mit Windrädern" gehöre zur "Sackgassenvariante" mit nicht absehbaren Schäden.